

ISSUE NO. 8 | JANUAR/ FEBRUAR 2021

JUNGSOZIALIST*IN

Verbandsmagazin Jusos Nord-Niedersachsen

Außenpolitik

Inhalt

5

Grußwort des Bezirksvorsitzenden

Moin, Moin

6

von Lasse Rebbin, Jonas Pagels, Fynn Hinck

Unsere Zukunftsvorstellungen für Internationale Politik

12

Gastbeitrag von Larissa Freudenberger, stellv. Vorsitzende Jusos Hannover

Party in the USA?!

14

Gastbeitrag von Kristin Lindemann, Vorsitzende SPD Osterholz-Scharmbeck

Politische Impressionen - Lateinamerika Edition

18

Gastbeitrag von Mia Thiel, IUSY Vizepräsidentin

ABORTOLEGAL2020

22

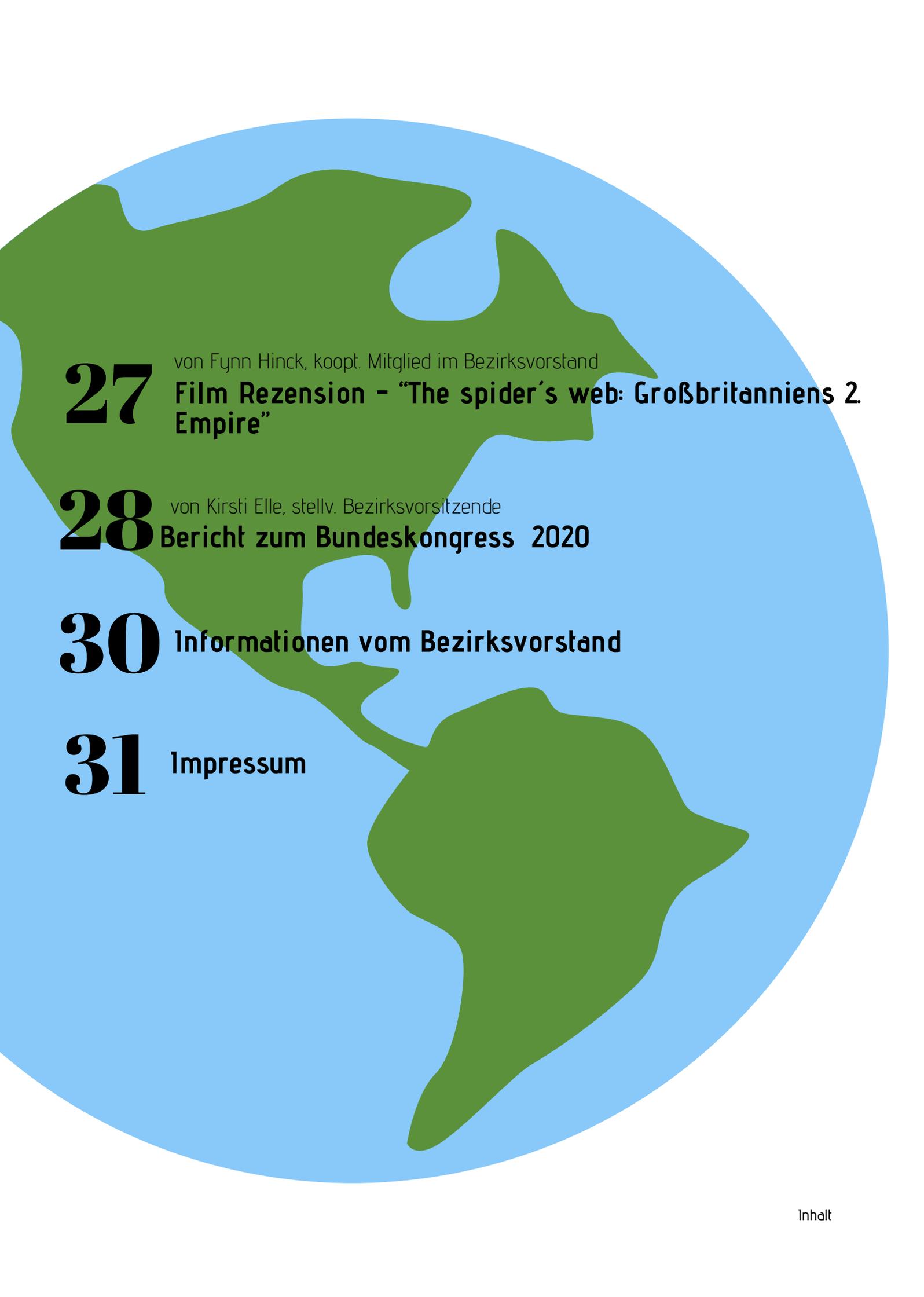
Gastbeitrag von Fabio Lindhorst, stellv. Vorsitzender Jusos Heidekreis

Internationale Klimapolitik

25

von Jonas Pagels, stellv. Bezirksvorsitzender

Islamismus



27

von Fynn Hinck, koopt. Mitglied im Bezirksvorstand

Film Rezension - "The spider's web: Großbritanniens 2. Empire"

28

von Kirsti Elle, stellv. Bezirksvorsitzende

Bericht zum Bundeskongress 2020

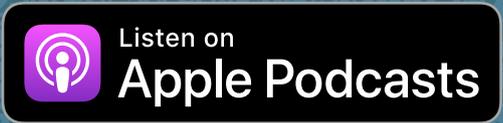
30

Informationen vom Bezirksvorstand

31

Impressum

ALLE VIER WOCHEN
EINE NEUE FOLGE BEI
DEINEM
STREAMINGDIENST!





Moin, Moin

Moin Moin,
die Wahl Joe Bidens zum 46. Präsident der Vereinigten Staaten und die Weigerung Donald Trumps die Wahlergebnisse anzuerkennen, was in einem Angriff seiner Anhänger*innen auf das Capitol mündete, ist nur eines von vielen Ereignissen der internationalen Politik in den letzten Monaten. Seit November 2020 beschäftigen wir uns als Bezirksvorstand schwerpunktmäßig mit außenpolitischen Themen und wollten dieses Kapitel nun mit dem vorliegenden Verbandsmagazin abschließen. Für einen würdigen Abschluss haben wir spannende Beiträge für euch im Angebot: Larissa Freudenberger von den Jusos Hannover blickt auf die US-Wahlen 2020 zurück und fasst alles Geschehene für uns kompakt zusammen. Die IUS4-Vizepräsidentin Mia Thiel berichtet in ihrem Beitrag über die Kämpfe für das Recht auf legale Abtreibungen in Argentinien und die Vorsitzende der SPD Osterholz-Scharmbeck, Kristin Lindemann, gibt uns in ihrem Artikel politische Impressionen aus Lateinamerika.

Über die Bedeutung von internationaler Klimapolitik schrieb uns der stellvertretende Vorsitzende der Jusos Heidekreis, Fabio Lindhorst, einen Artikel. Natürlich darf aber auch ein Bericht von der Highlight-Veranstaltung im Jahr 2020 nicht fehlen. Unsere stellvertretende Bezirksvorsitzende Kirsti Elle wagt dafür einen Rückblick. Jonas Pagels ist ebenfalls stellvertretender Bezirksvorsitzender und greift die, von Kevin Kühnert angefangene, Debatte über den Umgang mit dem Islamismus in einem Artikel auf. Aber was hat der Bezirksvorstand in letzter Zeit eigentlich so gemacht? Was sind die Ergebnisse von drei Monaten intensiver Beschäftigung mit Außenpolitik? Mit Fynn Hinck und Jonas Pagels aus dem Bezirksvorstand habe ich aufgeschrieben, womit wir uns beschäftigt haben. Natürlich dürfen aber auch eine Filmrezension und die Terminübersicht in diesem Verbandsmagazin nicht fehlen.

Viel Spaß bei der Lektüre!
Mit internationalistischen Grüßen
Lasse

UNSERE ZUKUNFTSVORSTELLUNGEN FÜR INTERNATIONALE POLITIK

von Fynn Hinck, Jonas Pagels, Lasse Rebbin

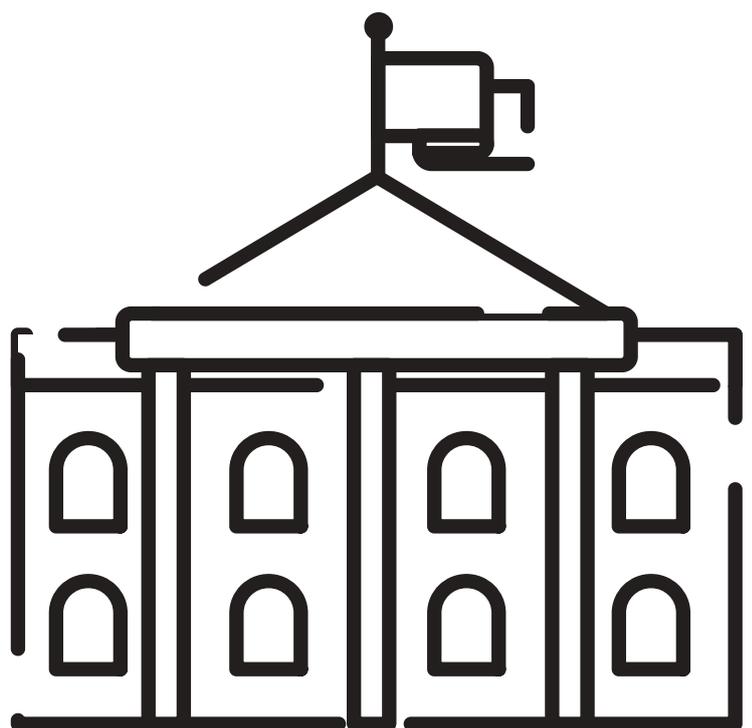
Wir Millennials, Gen Z oder wie auch immer wir uns bezeichnen wollen, sind in eine Zeit des internationalen Friedens hineingeboren worden. Wenige Jahre nach dem Ende des sogenannten Kalten Krieges rüsteten viele ehemalige Konfliktparteien in Ost und West ab. Neoliberale Politik und Frieden waren in den 90er und frühen 2000er Jahren angesagt. Vereinzelt gab es Stimmen, die besagten, dass diese Phase der Anfang vom Ende der Geschichte sei, also der Punkt universellen Friedens – wie falsch man damals doch lag. Heute im Jahr 2021 ist die Weltlage aufgewühlt wie nie zuvor. Die bisherige globale Ordnung des 20. Jahrhunderts und die Welt sind im Wandel. Die heutigen globalen Konfliktlinien verlaufen nicht länger entlang zweier Supermächte mit jeweiligen Ideologien. Heute verlaufen die globalen Konfliktlinien innerhalb vieler Systeme, zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen und entlang globaler Existenzfragen, wie dem internationalen Terrorismus, der globalen Bedrohung des Klimawandels sowie einer rasant wachsenden Weltbevölkerung in Zeiten mangelnder und ausgehender Ressourcen. Darüber hinaus beschäftigen uns bisherige Entwicklungen, wie die fehlende ausreichende europäische Integration oder der Arabische Frühling, die jeweils bis in die heutige Zeit hineinwirken. Auch der voraussichtliche Aufstieg bisheriger Entwicklungs- und Schwellenländer wird einige politische Herausforderungen schaffen. Wir Jusos wollen uns mit diesen Herausforderungen beschäftigen und aus unserer Perspektive heraus Antworten auf die Fragen der Zukunft finden, damit die Welt global gerecht wird.

Im Bezug auf die bisherige Ordnung des 20. Jahrhunderts kann man festhalten, dass dieses Jahrhundert vor allem von den Vereinigten Staaten von Amerika definiert wurde. Gemeinsam mit vielen (vor allem europäischen) Industrienationen bildeten diese Mächte bis in die heutige Zeit „den Westen“ – einstiger Ort für Frieden, Zusammenhalt und Wohlstand. Heute ist der Westen nicht mehr so geeint, wie es in Anbetracht der internationalen Weltlage erforderlich wäre. Und trotz ökonomischen Wohlstands der Großteile der westlichen Bevölkerungen, scheint teilweise auch in diesen eine große Diffusion jenseits des demokratischen Spektrums einzutreten. Dafür gibt es viele Gründe. Nach vier Jahren des trumpischen Imperativs „America First“ befinden sich die transatlantischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Europa auf einem historischen Tiefstand.

Unilaterales Handeln, unzuverlässige Ansprechpartner*innen und das antidemokratische sowie sexistische und rassistische Handeln des ehemaligen US-Präsidenten trugen dazu bei, dass zum Beispiel das geplante Freihandelsabkommen TTIP scheiterte. Auch wenn es aus jungsozialistischer Perspektive viel gerechtfertigte Kritik an den geplanten Freihandelsabkommen gab, scheiterte das Abkommen nicht etwa an diesen Kritikpunkten, sondern an Trumps obligatorischen Ablehnung von Freihandelsabkommen. Ein weiteres trauriges Beispiel ist der Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimaabkommen.

Damit wurde der internationale Klimaschutz erneut um Jahre geschwächt. Mit dem Sieg Joe Bidens bei den Präsidentschaftswahlen 2020 ging die Hoffnung einher, dass das transatlantische Verhältnis wieder enger werden könnte. Die Chancen dazu stehen bei einem Präsidenten der Demokratischen Partei, der sich schon in der Vergangenheit positiv zu den transatlantischen Beziehungen geäußert hat, nicht schlecht und auch die Kontrolle der beiden Häuser des Kongresses durch die Demokraten führt zu einer positiven Erwartungshaltung. Dennoch wird auch Biden, wie seine Amtsvorgänger, fordern, dass Europa selbst für seine Sicherheit in größerem Maße aufkommen muss. Hierüber haben wir mit Sarah Bressan vom "Global Public Policy Institute" bei unserem letzten Online-Seminar gesprochen. Obwohl die Veranstaltung auf die Frage der Zukunft der transatlantischen Beziehungen bedacht war, kamen wir bei diesem Anlass auch auf vielen weiteren globalen Themen zu sprechen, die mit dem Bündnis innerhalb des Westens einhergehen. So haben wir uns in diesem Gespräch und thematisch auch viel mit der europäischen Integration beschäftigt. Man kann feststellen: Innerhalb Europas herrscht wenig Einigkeit zwischen den Staaten – es fehlt an einer gemeinsamen Vision und Agenda für die Vereinigten Staaten von Europa. Europäische Integration findet nur vereinzelt und nicht im großen Stil statt – und das in einer Zeit rasant stärker werdender Staaten wie China und Indien in Asien.

Die Zukunft Europas kann ungewiss werden. Die Kanzlerschaft Angela Merkels wird in diesem Jahr enden – der darauffolgende Kurs einer Nachfolgeregierung ist noch gar nicht absehbar. Im nächsten Jahr stehen darüber hinaus Nationalwahlen im Nachbarland Frankreich an. Der zukünftige Kurs der zwei mächtigsten Staaten Europas kann so weder in Bezug auf die Europäische Einigung noch in Bezug auf die transatlantischen Beziehungen vorausgesagt werden. Die Langzeitauswirkungen der Corona-Pandemie sowie die fehlenden Einnahmen durch den Wegfall Großbritanniens aus der EU durch den Brexit, werden der EU stark zusetzen. Gerade wir als Jungsozialist*innen müssen hier in der öffentlichen Debatte klar Stellung für mehr Europa, mehr Zusammenarbeit und mehr Multilateralismus einnehmen. Wenn wir uns aus dieser Debatte raushalten, dulden wir Fehlentwicklungen. Wohin sich unsere Demokratien in Anbetracht existenter Bedrohungen entwickeln können, kann man in der gesellschaftlichen Spaltung der USA sehr gut erkennen, wo vor wenigen Wochen ein Mob von Menschen das United States Capitol gestürmt hat.



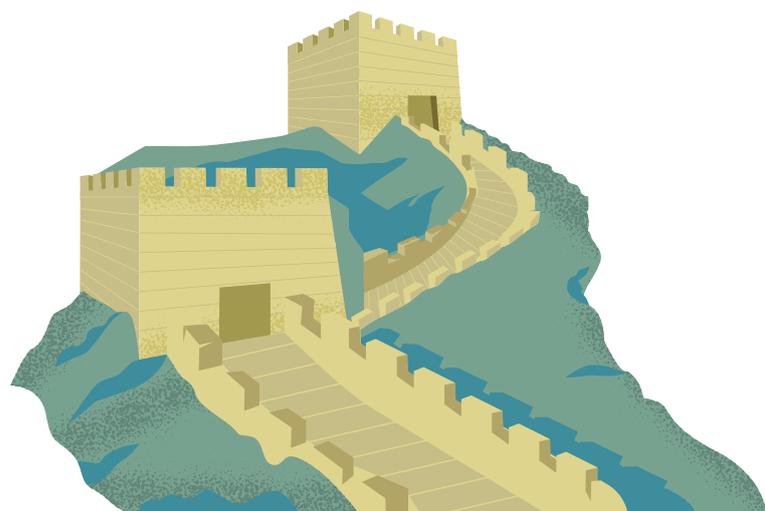
Dabei ist die Situation drängend und politischer Handlungsbedarf schon lange vorhanden. Zwar hat mit der UN-Resolution 1325, welche im Kern dazu aufruft, Frauen* in Konflikten zu schützen und in den Bereichen Friedensverhandlungen, Konfliktschlichtungen und Wiederaufbau gleichberechtigt miteinzubeziehen, eine wichtige Grundsteinlegung stattgefunden, aber an der Umsetzung scheitert weiterhin die wirkliche Gleichberechtigung – auch in Deutschland. Es braucht endlich eine konsequente Umsetzung und Weiterentwicklung der Resolution, um den Zielen einer feministischen Außenpolitik näher zu kommen. Mit starken Verbänden und Vereinen wie dem „Center For Feminist Foreign Policy“ gibt es auch in Deutschland Expert*innen für die Umsetzung einer feministischen Außenpolitik und auch an Universitäten wird bereits an Themen rund um „gender“ in der internationalen Politik geforscht. Genau darüber haben wir mit der Politikwissenschaftlerin Nina Wüstemann in unserer neusten Podcast-Folge gesprochen. Das Ziel einer konsequenten feministischen Außenpolitik, die die Repräsentanz von Frauen* in der internationalen Politik stärkt sowie marginalisierte Gruppen schützt und stärkt, muss weiterhin Priorität haben, wenn wir uns als Jungsozialist*innen und Internationalist*innen mit Außenpolitik beschäftigen! Ein weiteres Ereignis, was die Zukunft der globalen Politik definiert und noch lange bestimmen wird ist der sogenannte Arabische Frühling. Hierzu haben wir im Dezember ausführlich mit Marcus Schneider von der Friedrich-Ebert-Stiftung im Rahmen eines Online-Seminars gesprochen.

"Das Ziel einer konsequenten feministischen Außenpolitik, [...] muss weiterhin Priorität haben, wenn wir uns als Jungsozialist*innen und Internationalist*innen mit Außenpolitik beschäftigen!"

. Anfang des Jahres 2011 begann in einigen Staaten des Nahen Ostens und im Norden Afrikas der Arabische Frühling. Der Ursprung dafür lag in Tunesien – dort wollte der Gemüsehändler Mohamed Bouazizi Ende des Jahres 2010 mit seiner Selbstverbrennung auf die Missstände in seinem Land aufmerksam machen – Demokratiedefizite, schwere Menschenrechtsverstöße und vieles mehr. Diese Tat erregte viele Menschen in den umliegenden Staaten. Es kam zu Revolutionen und Umstürzen der dortigen Machthaber u.a. in Syrien, Ägypten und Libyen. Aber heute, zehn Jahre später, sind weder in Tunesien noch in weiteren umliegenden Staaten wenig bis keine Anzeichen für Frieden oder gerechte ökonomische Verhältnisse zu finden. Die meisten Menschen dort leben in Armut. Die wirtschaftliche Situation hat sich vielerorts verschlechtert. Lediglich Tunesien ist eine Demokratie geworden, jedoch fragil. In Ägypten, Marokko oder auch Algerien sind heute immer noch autokratisch geführte Regime. Libyen, Jemen und Syrien sind gescheiterte – sogenannte „failed states“. Die Lage dort ist katastrophal. Die Folgen der Umstände in diesen Ländern sind Fluchtbewegungen und militärische Auseinandersetzungen unvorstellbaren Ausmaßes. Der Arabische Frühling hat sich somit eher zu einem Arabischen Winter entwickelt. Es muss im Interesse jungsozialistischer Politik und eine Selbstverständlichkeit sein, dazu beizutragen, dass die Menschen im Nahen Osten in Frieden und Sicherheit leben können – es handelt sich hierbei immerhin um ein universelles Menschenrecht. Hierin ergibt sich auch eine Chance für Europa, in diesen Ländern aktiver mit humanitärer Hilfe zu unterstützen und den Menschen Beistand zu leisten, die für Freiheit und Gerechtigkeit auch heute noch täglich ihr Leben lassen.

An dieser Stelle sei erwähnt, dass diese Forderungen auch universell und somit auf sämtliche Entwicklungsländer der Welt bezogen werden kann – insbesondere auf dem Kontinent Afrika. In Afrika haben sämtliche Industriestaaten über Jahrzehnte hinweg den Kontinent seiner Kultur, seiner Rohstoffe sowie den Menschen dort vieler Lebensgrundlagen beraubt – über Jahrhunderte zu Zeiten der europäischen Kolonien, bis hin in die heutige Zeit der postkolonialen Ordnung in Afrika. Ein Beispiel dafür lässt sich in der britischen und deutschen Kolonialgeschichte veranschaulichen: In den Kolonialgeschichten dieser beiden Länder gibt es viele Themen, die auch bis in unsere Zeit hineinwirken und deutlich erkennbar sowie spürbar sind. Ein großes Thema, welches in der öffentlichen Debatte mehr im Vereinigten Königreich als in Deutschland präsent ist, ist die Debatte um Raubkunst. Hierbei geht es um Museumsstücke, Kunst- und Kulturgegenstände, um Gegenstände, die während der Kolonialgeschichte aus einem Land entwendet wurden und sich bis heute im Besitz der ehemaligen Kolonialmacht befinden. Bis heute sind viele kulturelle Gegenstände im Besitz ehemaliger Kolonialmächte – größtenteils fehlt dazu die historische Aufarbeitung. Die beraubten Bevölkerungen wurden in den meisten Fällen bis heute nicht entschädigt. Das liegt unter anderem an der eurozentristischen Perspektive, die viele Menschen weltweit bis heute prägt. Dieser Teil der Geschichte ist nur eines von vielen Beispielen damaliger Ungerechtigkeiten, die bis heute zu Schwierigkeiten in der Verständigung führen. Sowohl in Afrika als auch im Nahen Osten hat die Politik der postkolonialen Mächte zu vielen Fluchtbewegungen geführt, die Europa unmittelbar betreffen. Darüber hinaus verpasst Europa seine Chance, Afrika bei der möglichen Entwicklung zu Frieden und Wohlstand auf dem Kontinent zu helfen – und diese Rolle beispielsweise China zu überlassen.

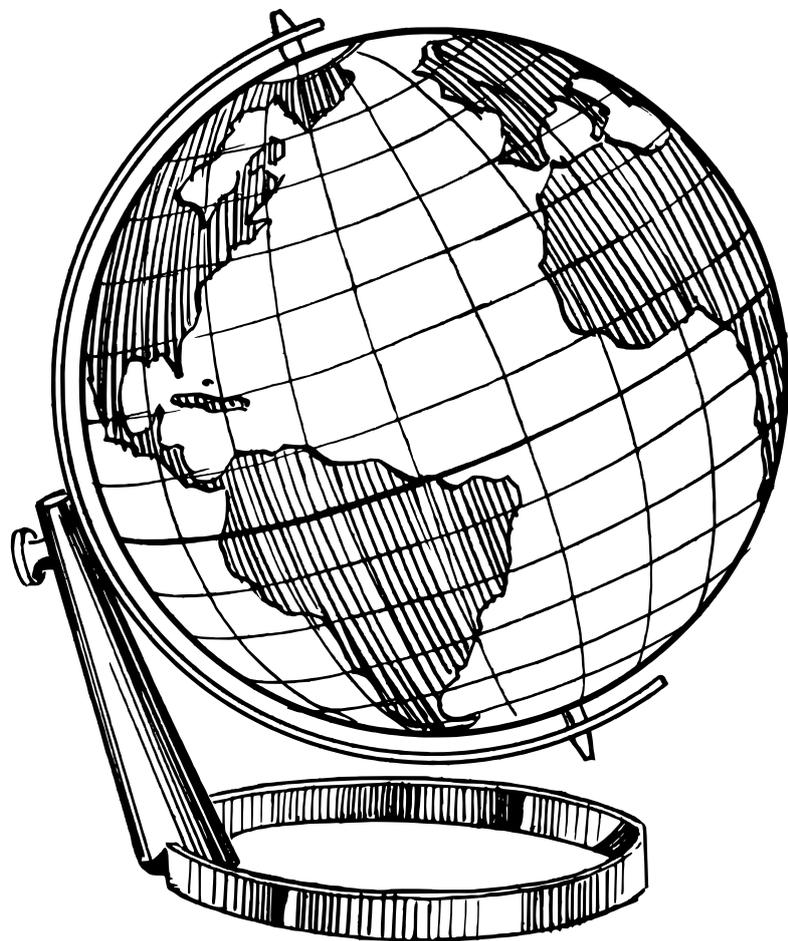
Die Volksrepublik China wird zukünftig eine immer größere Rolle spielen. Das ökonomische Wachstum dieses Landes in den letzten zwanzig Jahren ist beachtlich. Innerhalb weniger Monate werden dort Flughäfen, Häfen, Frachtumschlagplätze sowie tausende Kilometer an Autobahnen und Schienen verbaut. Beim Ausbruch der Corona-Pandemie konnten dort voll funktionsfähige Krankenhäuser teilweise innerhalb weniger Tage erschaffen werden. Es wird kein Weg daran vorbeiführen, dass die Volksrepublik China der Global Player des 21. Jahrhunderts sein wird. Das Land verfügt über Atomwaffen, hat eine gigantische Fläche und die weltweit größte Bevölkerung. Mit Infrastrukturprojekten, wie der „Neuen Seidenstraße“ und weiteren Maßnahmen in Afrika, weitet China seinen Einfluss auf sämtliche Staaten jenseits des asiatischen Kontinents aus. China verfügt über enorme soft- sowie hard-power – kann also sowohl mit Sicherheits- und Realpolitik als auch mit einem ausreichenden Verständnis von Diplomatie Politik machen. Dennoch ist die Volksrepublik ein autokratisch geführtes Regime. Die Menschenrechtssituation in China ist aus jungsozialistischer Perspektive nicht zu rechtfertigen. Kritiker*innen der Regierung, Andersdenkende, Vertreter*innen kultureller oder religiöser Minderheiten sowie viele weitere Menschengruppen werden im Staat China systematisch verfolgt. Das Ziel bzw. der Grund dabei ist klar: Keine Religion, keine freie Meinung und auch sonst nichts darf im autokratisch geführten China neben der führenden und einzigen Partei und ihrer Staatsideologie Bestand haben.



Die Außen- und Sicherheitspolitik Chinas ist ebenso beachtlich wie der ökonomische Aufschwung - nur eben genau wie die Menschenrechtslage weniger vorbildlich. China hat seinen Machtanspruch im Dauerkonflikt im südchinesischen Meer oder auch zuletzt im letzten Jahr in Hong Kong deutlich gemacht. Der chinesische Präsident Xi Jinping hat stets deutlich gemacht, dass er die Souveränität Hongkongs nicht anerkennt. Auf Betreiben der chinesischen Regierung unter Xi wurde das sogenannte Sicherheitsgesetz verabschiedet, mit dem die Autonomie Hongkongs beachtlich eingeschränkt und verletzt wurde. Die Folge waren hunderte Verhaftungen von Initiator*innen von demokratischen Institutionen, Bewegungen etc. - wir haben uns hierzu im Sommer mit den betroffenen Menschen in Hong Kong solidarisiert. Bis in die 2040er Jahre hat die Volksrepublik China vor, die Insel Taiwan in ihr eigenes Staatsgebiet einzuverleiben. Taiwan ist ein demokratischer Inselstaat östlich von China im Pazifik. Die Volksrepublik China erkennt seit ihrer Gründung 1949 die taiwanische Republik nicht an. Aufgrund des aggressiven Vorgehens der chinesischen Regierung in Hongkong ist davon auszugehen, dass in Taiwan eines Tages ähnlich agiert werden wird. Hier ergibt sich für uns die klare Forderung an uns, in diesem Konflikt zu verhandeln. China darf nicht, bzw. kein Staat darf mit der aggressiven Annexion eines Landes davonkommen. Die Annexion der Krim im Jahre 2014 durch Russland sollte das bereits allen klar gemacht haben, die für Demokratie und Freiheit eintreten.

Dennoch müssen wir uns mit dem Blick auf China die Frage stellen: was machen wir, wenn ein Land wie die Volksrepublik China nicht nur der Global Player des 21. Jahrhunderts wird sondern auch von vielen Menschen als vorbildlicher Staat angesehen wird, der handlungsfähiger als „unsere“ Staaten im Westen agiert?

Was ist, wenn China über seine sicherheitspolitischen Machtansprüche im „eigenen“ asiatischen Raum hinaus auch etwaige Ansprüche auf anderen Kontinenten erweitern würde - wo wir wieder bei der Anfangsfrage zu Afrika wären - diese aber auch auf andere Kontinente, wie Südamerika oder auch Europa und Nordamerika beziehen können? Der Westen ist wie festgehalten gespalten. Afrika ist bereits durch Investitionen aus China diesem Land gegenüber offen und pflegt eine andere Geschichte mit Europa.



Sicher ist, dass wir in Europa und insbesondere in Deutschland sehr wenig über China und seine Menschen wissen. Die Kultur, die Sprache sowie die Menschen sind hier überwiegend unbekannt – was sicher auch daran liegt, dass China als „größtes Intranet der Welt“ wenig Einflüsse über die digitale Welt von Außerhalb einfließen lässt und andersherum wenige Informationen über das alltägliche Treiben in China aus dem Land herauskommen. Auch das fehlende Wissen über die über 4000 Jahre alte Geschichte Chinas so vieler Menschen ist unserer Meinung nach ein Problem. Daher wäre es definitiv zu unangemessen und falsch, China in irgendeiner Art und Weise Dinge zu unterstellen und das werden auch wir hier an dieser Stelle nicht machen. Wir können aus der bisherigen Sachlage verschiedener Geschehnisse allerdings entnehmen, dass die Volksrepublik den Anspruch als Global Player auch weltweit geltend machen wird – die Investitionen Chinas in sämtlichen Nationen auf verschiedenen Kontinenten sind dafür genauso Indiz wie die Machtansprüche in Hongkong und Taiwan.

Totalitarismus und Ungerechtigkeiten werden als Idee immer zum Scheitern verurteilt sein. Nur Frieden und Austausch sowie gute und gerechte Lebensbedingungen sind Grundlage für ein gerechtes Leben. Global gerecht ist das Ziel. Daher müssen wir zuerst einmal für uns total klar machen, dass wir zu Freiheit und Demokratie stehen. Nach unserer Auffassung sollten so auch in der heutigen Zeit alle demokratischen Regierungen zusammenarbeiten, die eine gleiche Agenda und gleiche Grundwerte vertreten. Integration und so viel Dialog auf Augenhöhe wie möglich sind notwendig, um zum gegenseitigen Verständnis und damit zu Wachstum und Frieden weltweit beizutragen. Aus den vier Jahren Trump-Administration sollten wir lernen, nicht vier Jahre zu warten bis die nächste Administration gewählt wird sondern tatkräftig werden und neue Partner suchen. Neuseeland ist ein gutes Beispiel dafür, aber auch weitere Staaten in Afrika und Asien die auf der Schwelle stehen, ökonomisch und demokratisch fortschrittlicher zu werden warten teilweise nur darauf, dass die Staaten des Westens auf sie zugehen. Demokratie und Respekt sind der Schlüssel zur internationalen Zusammenarbeit und Sicherheit für alle Menschen weltweit. Lasst uns gemeinsam für dieses Ziel einer global gerechten Welt kämpfen.

"Integration und so viel Dialog auf Augenhöhe wie möglich, um zum [...] Frieden weltweit beizutragen."

Party in the USA?!

ein Kommentar zu den US-Wahlen und den nächsten vier Jahren

LARISSA FREUDENBERGER, STELLV. VORSITZENDE JUSOS HANNOVER

Larissa Freudenberger ist stellvertretende Vorsitzende im Juso Bezirk Hannover. Wenn sie sich nicht gerade über Politik informiert, schreibt sie an ihrer Masterarbeit (natürlich auch über Politik) oder liest Sachbücher. Ihre Herzenthemen bei den Jusos sind Antifaschismus, Internationalismus und Feminismus.

Die US-Amerikaner*innen haben gewählt. Mittlerweile steht das Ergebnis fest und zum Zeitpunkt des Erscheinens dieses Magazins wird Joe Biden als 46. Präsident der Vereinigten Staaten vereidigt sein. Wie die großartige Miley Cyrus in ihrem Song „Party in the U.S.A.“ singt, war die Freude bei vielen Menschen groß als feststand, dass Joe Biden Präsident wird. Doch was ist zu erwarten in den nächsten vier Jahren? Eine Tatsache steht fest und hat sich nach den neuesten Ereignissen in Washington klar gezeigt: die USA und die ganze Welt können froh sein, dass Donald Trump nicht länger Präsident der größten Demokratie ist. Und anders als mancher Kandidat für den CDU-Parteivorsitz behauptet, kann man mit diesem rechtsradikalen Antidemokraten nicht zusammenarbeiten und sollte es auch nicht tun.

Und noch eine, eigentlich schon längst bekannte Tatsache, haben die faschistoiden Angriffe auf das Kapitol gezeigt: die Vereinigten Staaten sind ein zutiefst gespaltenes Land und es wird wohl die größte Aufgabe des neuen Präsidenten und seines Kabinetts sein, dieses Land wieder zu vereinen. Doch Joe Biden und Kamala Harris stehen nach ihrem Sieg noch vor weiteren Herausforderungen. Der erhoffte Erdrutschsieg bei den Wahlen im November ist ausgeblieben. Und auch wenn die strategisch äußerst wichtigen Senatssitze in Georgia an die Demokrat*innen gingen, ist die Partei gespalten. Bereits kurz nach der Verkündung des Wahlsiegs äußerten einige demokratische Abgeordnete Kritik am Wahlkampf und an dessen Vorgehen. So auch die junge aufstrebende (aber aus einer israelsolidarischen Sicht nicht unkritisch!) Abgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez in einem Interview. Sie kritisierte sowohl die Präsenz der Demokrat*innen in sozialen Medien als auch die gesamte Form des Wahlkampfes.



Und auch die Personalentscheidungen Bidens für sein neues Kabinett sorgten, vor allem im progressiven Lager der Partei, für Beschwerden. Zwar setzt der neue Präsident auf ein wesentlich diverseres Team, als viele seiner Vorgänger (gendern ist hier leider nicht notwendig, bisher hat es ja noch (!) immer keine Präsidentin gegeben), dennoch veranlassten einige Entscheidungen Teile der Partei zu Kritik. So wurde z.B. der 76-jährige John Kerry zum neuen Klimabeauftragten und die 80-jährige Nancy Pelosi erneut zur Sprecherin des Repräsentantenhauses ernannt. Beides Positionen, die der linke Flügel der Partei gern mit jungen Politiker*innen besetzt gesehen hätte. Das sind nur zwei von vielen Beispielen für die Gespaltenheit der Demokratischen Partei. Es wird die Aufgabe Bidens und wahrscheinlich vor allem Harris' sein, die Partei zu vereinen und zukunftsfähig zu machen. Doch nicht nur national und innerparteilich steht Joe Biden vor einer großen Herausforderung. Auch außenpolitisch hinterlässt Trump ein großes Trümmerfeld.

Auch außenpolitisch hinterlässt Trump ein großes Trümmerfeld.

Allerdings muss man, vor allem aus israel-solidarischer Sicht positiv erwähnen, dass der Trump Administration in den vergangenen Monaten wichtige außenpolitische Coups im Nahen Osten gelungen sind. So erklärten unter anderem die Arabischen Emirate und der Libanon die Normalisierung der Beziehungen zu Israel, weitere Staaten folgten (Leseempfehlung: im aktuellen DIG Magazin gibt es einen sehr spannenden Artikel über die Auswirkungen der US-Wahl auf Israel. Unbedingt lesen!).

Doch von den wenigen, aber dennoch relevanten Erfolgen Trumps abgesehen, hinterlässt seine Regierung internationales Chaos, das vom neuen Kabinett, soweit möglich, beseitigt werden muss. Und das ist ein wichtiges Stichwort: falls möglich. Denn einige „Hinterlassenschaften“ von Trump werden sehr schwierig zu beseitigen oder korrigieren sein. Neben dem deutlichen Rechtsruck in den USA selbst, fallen darunter auch viele diplomatische Beziehungen und auch das Ansehen der größten Demokratie in der Welt. So hat auch das transatlantische Verhältnis sehr gelitten und es gilt das Vertrauen in die Stabilität dieses äußerst wichtigen Bündnisses wiederherzustellen. Es wird einige Zeit und Mühe in Anspruch nehmen, diese Aufgabe zu erfüllen.

Andere Dinge wird Biden leichter korrigieren können. So z.B. der bereits angekündigte Wiedereinstieg in das Pariser Klimaabkommen.



Die nächsten vier Jahre steht politisch viel an in den USA und es wird extrem wichtig sein, dass die Vereinigten Staaten die Europäische Union an ihrer Seite wissen. Denn eine Aufgabe kann keine Regierung der Welt allein regeln: den globalen Rechtsruck bekämpfen. Antifaschismus und Antirassismus und der Kampf für diese Ziele muss immer auch global gedacht werden. Sowohl in den USA als auch in Europa und sonst wo muss gelten: kein Millimeter nach rechts.

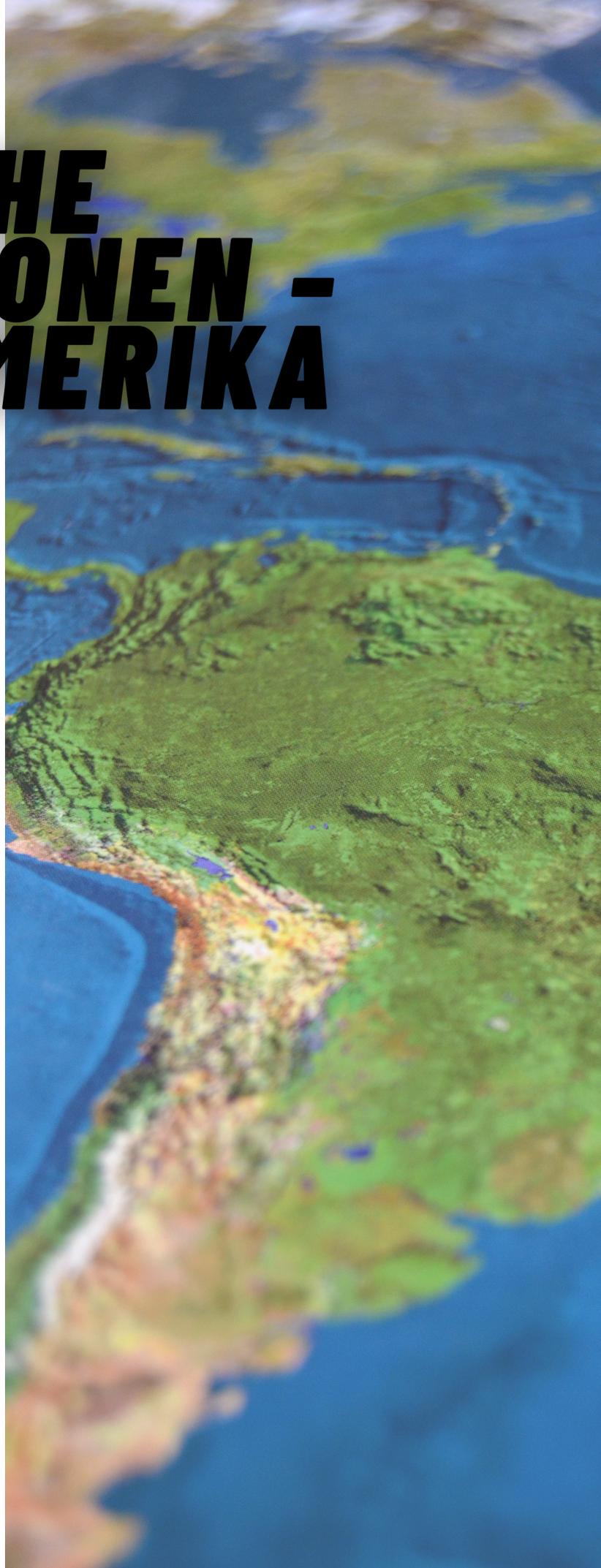
Wir können gespannt sein wohin sich die Vereinigten Staaten in den nächsten Jahr bewegen. Hoffen wir das Beste und kämpfen als Jusos dafür, dass das transatlantische Verhältnis noch besser wird. Und wer weiß, vielleicht heißt es dann in vier Jahren wieder „Yeah, it's a party in the U.S.A.“ und diesmal mit der ersten Präsidentin.

POLITISCHE IMPRESSIONEN - LATEINAMERIKA EDITION

Gastbeitrag von Kristin Lindemann,
Vorsitzende SPD Osterholz-
Scharmbeck



Im Rahmen meines Bachelorstudiengangs Global Management habe ich ein Jahr in Kolumbien verbracht. Dort habe ich in „Bucaramanga“ studiert und in der Hauptstadt Bogotá ein Praktikum gemacht. In dieser Zeit habe ich versucht so tief wie möglich in die kolumbianische Kultur einzutauchen und so viel wie möglich zu lernen. Gerne teile ich deshalb ein paar meiner Eindrücke mit euch - meldet euch bei Nachfragen immer gerne.



Politik

Ein Punkt, der auf das ganze Land in gleicher Form zutrifft, ist die schlecht ausgestattete oder fehlende Infrastruktur. Trotz großer Städte gibt es, außer in Medellín, keine Straßenbahn oder ein sonstiges Verkehrsmittel, welches den Stau umgeht und Taxen oder überfüllte Busse substituiert. In der Hauptstadt verbringen die Menschen täglich mehrere Stunden in Verkehrsstaus. Da hilft auch die Idee mit der Autoplakette nicht, welche den Inhaber eines Autos einen Tag in der Woche rechtlich vom Verkehr ausschließt. Dass es häufig keine Routen gibt, um die großen Städte zu umfahren oder, dass keine Straßen- oder U-Bahnen zur Verfügung stehen, macht die Verkehrslage in den größeren Städten nicht leichter.

Auch die Straßen (Autopistas), welche die größeren Städte miteinander verbinden, sind schlecht ausgebaut und sehr schmal. So dauerte meine Reise in das 300km weit entfernte Medellín mit dem Bus mehr als 10 Stunden. Aber nicht nur die Infrastruktur legt das Potenzial des Landes lahm, sondern auch die Politik.

Korruption ist leider immer noch ein großes Thema in Kolumbien und davon bleibt erst recht nicht die Politik verschont. Mir wurde erzählt, dass viele Politiker*innen eher selbst von ihrem Posten profitieren und nicht wirklich etwas für das Land tun. So werden die Reichen immer reicher und die Armen ärmer. Auch habe ich gehört, dass viele Politiker*innen sich die Stimmen bei den Ärmeren erkaufen oder diese für Attentate motivieren, um die Konkurrenz auszuschalten oder jemanden mundtot zu machen.

Während meines Studiums in Bucaramanga hatte ich die Möglichkeit mitzuerleben, wie ein Wahlkampf in einem kolumbianischen Bundesland (Departamento) aussieht. Welcher Kandidat aus der reichsten Familie kam, war leicht an der Menge der Plakate zu erkennen, denn selbst in den ländlichsten Teilen der Region waren riesige Banner aufgehängt. Dieser war nach einer befreundeten Medienwissenschafts-Studentin auch der korrupteste und gewann letztendlich die Wahl. Damit folgte er in der Reihenfolge seinem Vater und Bruder. Auch gegenüber Frauen in der Politik schien es noch einige Vorbehalte zu geben. So konnte sich der Vater einer Freundin nicht damit arrangieren, dass eine Frau politische Karriere machen wollte und gleichzeitig Mutter war. Diesbezüglich scheint es jedoch Veränderungen zu geben, denn in Bogotá hat es eine homosexuelle Frau geschafft, Bürgermeisterin zu werden. Der Politik-Stil spiegelt sich auch in der großen Schere zwischen Arm und Reich in Kolumbien wider. In den größeren Städten wie Medellín und Bogotá sind die Slums in den Bergen schon von weitem zu erkennen. Dass so wenige Menschen sehr viel und so viele Menschen sehr wenig haben und unter der Armutsgrenze leben müssen, belastet auch die Sicherheit und fördert die Kriminalität Kolumbiens.

"Der Politik-Stil spiegelt sich auch in der großen Schere zwischen Arm und Reich in Kolumbien wider."

In jeder Stadt gibt es ganze Gebiete, bei denen von einem Besuch abgeraten wird und gerade in Bogotá wird sehr viel gestohlen. Es empfiehlt sich also herauszufinden, welcher Stadtteil als sicher gilt und sich vor Ort vorsichtig zu verhalten. Dass enorme Unterschiede zwischen Arm und Reich in Kolumbien vorherrschend sind, zeigt sich auch im kolumbianischen Bildungssystem. Öffentliche Schulen haben nicht nur einen schlechten Ruf, sondern sind auch extrem dürftig ausgestattet. Der Bereich von privaten Schulen und Universitäten ist also definitiv etablierter als in Deutschland. Für Menschen mit kleinerem Geldbeutel ist es somit fast unmöglich ihre Situation zu verändern, da die Beiträge für die privaten Einrichtungen sehr hoch sind. Zwar gibt es auch öffentliche Universitäten mit einem guten Ruf, jedoch ist es besonders schwer dort aufgenommen zu werden, da Anforderungen sowie Nachfrage sehr hoch sind.

Fettnäpfchen

Kolumbien wird immer wieder auf den Drogenkrieg rund um Pablo Escobar und seine Kriminalität reduziert. Die Kolumbianer*innen wissen um die jüngste Vergangenheit und die Probleme ihres Landes, sind aber trotzdem unglaublich stolz auf die positiven Aspekte. Patriotismus wird in Kolumbien groß geschrieben, weshalb es nicht gut ankommt, sich viel auf diese Themen zu beziehen.

Gerade, da es für viele Familien ein wunder Punkt ist, weil Angehörige oder Freund*innen in den bewaffneten Konflikten umkamen oder entführt worden sind. Besonders in Bucaramanga sind auch die jungen Menschen stark katholisch geprägt. Für jemanden, der nicht so aufgewachsen ist, mag das befremdlich erscheinen. Dennoch ist es wichtig den Kolumbianer*innen zu zeigen, dass man ihre Hingabe für die Religion schätzt und respektiert. Schließlich ist sie ein essenzieller Teil ihres Lebens. Darüber hinaus ist Kolumbien ein sehr konservativ geprägtes Land. Viele meiner Freund*innen in Bucaramanga haben häufig unbewusst sexistische, rassistische oder diskriminierende Äußerungen getätigt. Hier können zwei Welten aufeinandertreffen, wobei jede*r denkt, der richtigen Ansicht zu sein. Von Diskussionen mit flüchtigen Bekannten ist somit abzuraten, weil sie das Ziel häufig verfehlen. Mit engeren Freund*innen habe ich einige Themen aber durchaus ausdiskutiert.

Wichtig ist hierbei, stets respektvoll und konstruktiv zu bleiben. Dazu gehört auch manchmal einfach zu akzeptieren, wenn eine Diskussion keinen Sinn mehr ergibt. Schließlich kann man nicht einfach in ein fremdes Land kommen und den Menschen erzählen was aus eigener Sicht richtig und falsch ist.

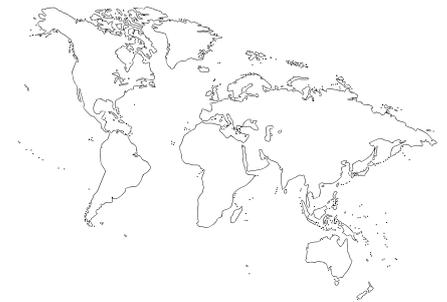
Kultur

Bezüglich der Alltags- und Lebenssituation habe ich wahrgenommen, dass sich Bogotá von Bucaramanga und den anderen Regionen Kolumbiens, die ich durch das Reisen kennengelernt habe, unterscheidet. Wohingegen im restlichen Teil Kolumbiens die Uhren langsamer ticken und alles auf den letzten Drücker irgendwie noch funktioniert, ist dem in Bogotá nicht so. Während meiner Zeit im Büro in der Hauptstadt waren meine Kolleg*innen immer sehr pünktlich und genau, wogegen man in Bucaramanga eher die Einstellung hatte, dass sich am Ende schon alles so ergibt wie es sein soll. Von den Bewohner*Innen Bucaramangas, die immer sehr freundlich, offen und zuvorkommend sind, werden die Menschen in Bogotá als „frío“ (kalt) beschrieben. Meiner Erfahrung nach mag dieser Eindruck, vergleichsweise zu meinen Bekannten aus Santander, vielleicht auf den beruflichen und professionellen Teil zutreffen. Von meinen privaten Freundschaften aus Bogotá kann ich dies jedoch nicht behaupten.

Die Religion scheint das Land, im Gegensatz zu den großen Differenzen zum Thema Wohlstand, zu einen. Kolumbien ist in seiner Kultur und dem Alltag stark von der katholischen Kirche geprägt. Der Glaube macht den Menschen Mut und gibt ihnen Kraft, schwierige Situationen zu bewältigen und Hoffnung zu schöpfen. Gleichzeitig bestehen so aber auch strenge Regeln für die jungen Kolumbianer*innen, die jedoch oftmals nicht eingehalten werden.

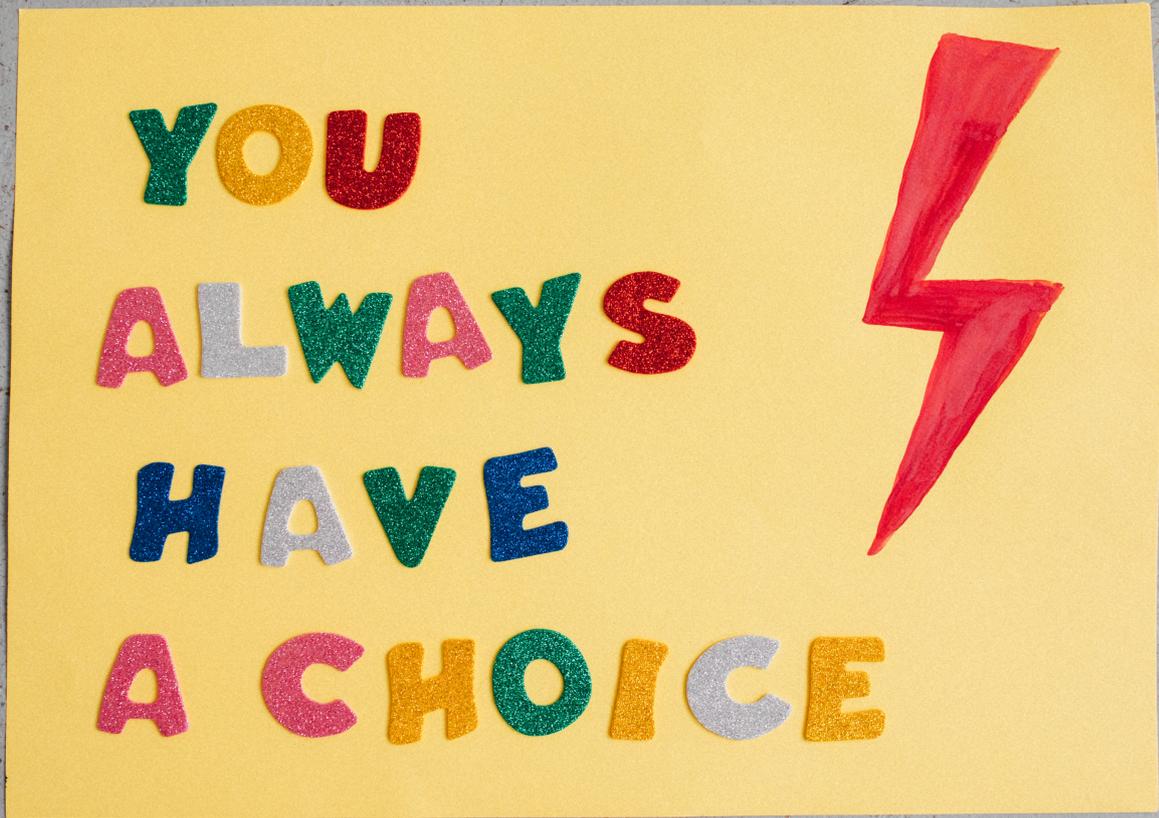
In Bucaramanga ist es beispielsweise üblich, dass die Kinder erst nach der Hochzeit aus dem Elternhaus ausziehen.

Zu der Kultur gehört aber vor allem auch Tanz und Musik. Kein Wunder, denn Cali ist schließlich die Hauptstadt des Salsa. Seit der Kindheit beherrschen die meisten Kolumbianer*innen die typischen Tänze. In allen Altersgruppen und auf jeder Feier wird mit dem Hören und Tanzen von Vallenato, Merengue, Cumbia und Salsa immer für eine heitere und ausgelassene Stimmung gesorgt. Für die Jüngeren spielt auch Reggaeton eine große Rolle in der kolumbianischen Musikkultur.



Trotz der vielen Probleme die das Land hat, strahlen die Kolumbianer*innen wie ihre Musik und ihr Tanz eine bemerkenswerte Zufriedenheit und Dankbarkeit für das was sie haben aus. Ich finde, dass wir uns von dieser Lebenseinstellung so einiges abschauen und lernen können.

Über die Autorin: Kristin Lindemann ist 23 Jahre alt und studiert im 7. Semester den Internationalen Studiengang Global Management an der Hochschule Bremen. Sie selbst war bereits im Bezirksvorstand und als Vorsitzende der Jusos im Kreis Osterholz aktiv. Nun setzt sie sich als Vorsitzende des SPD Ortsvereins Osterholz-Scharmbeck für junge Menschen ein



ABORTOLEGAL 2020

Gastbeitrag von Mia Thiel, IUSY Vizepräsidentin

Fein säuberlich zusammengefaltet liegt das quadratische grüne Halstuch, welches ich letztes Jahr von unseren Genossinnen in Uruguay mitbekommen habe, in meinem Kleiderschrank. „Aborto legal, seguro y gratuito“ (dt.: Abtreibung legal, sicher und kostenlos) steht dort in weißen Buchstaben. Es war kein „Geschenk“ an mich, es war eine Einladung zur Solidarität. So arbeitet die südamerikanische Frauenbewegung: Auf der Straße – von Mund zu Mund – von Hals zu Hals bzw. Handgelenk zu Handgelenk, durch die Tücher. Ob beim Einkaufen, spazieren gehen oder auf der Arbeit: Überall sieht man die grünen Halstücher. Jede Frau, die für die Legalisierung von Abtreibung streitet, hat ihre Solidarität nach außen getragen – und es waren viele, die „marea verde“ (dt.: Grüne Flut).

Südamerika bebt. Keine neue Entwicklung für diese hoch politisierte Region. Geprägt von diktatorischen Regimen, von denen sich die Bevölkerung in Teilen sogar aus eigener Kraft befreien konnte. So geschah es beispielsweise in Argentinien. Und dass sich jede*r als Teil des politischen Prozesses sieht und ihre*seine Meinung einbringen will, das sieht man in den Straßen von Buenos Aires noch heute. In den letzten Jahren waren es vor allem die argentinischen Frauen, die mit ihren Frauenmärschen, Unterschriftenkampagnen und Flashmobs die argentinische Politik unter Druck gesetzt haben. Und im erzkatholischen Land des Papstes ist das eine wahre Mammutaufgabe.

Von #niunamenos, gegen Gewalt gegen Frauen, bis hin zu #abortolegal, zur Legalisierung von Abtreibung, haben die argentinischen Frauen in zahlreichen Städten Tausende auf die Straße gebracht. Als ich vor einem Jahr als Vizepräsidentin der International Union of Socialist Youth (IUSY) unsere Genoss*innen in Argentinien und Uruguay besuchte, habe ich mich gefragt, wie es den Genoss*innen gequält ist so viele Menschen zu vereinen und gemeinsam eine Stimme zu bilden, die sich niemand leisten kann zu überhören. Schnell habe ich gemerkt: Ich befinde mich an einem besonderen Ort. Und meine Frage konnten viele gar nicht richtig verstehen. Die Lage der Frauen in Südamerika sei eben desolat – alle 30 Stunden wird hier eine Frau getötet, meistens von ihrem Partner; Abtreibung stand bisher in den meisten Fällen unter Strafe; das Armutsrisiko für Frauen ist in Argentinien deutlich erhöht. Da wäre es doch klar, dass man sich zusammenschließt. Meistens findet das an den Universitäten statt. Irgendwer bucht dort einen Raum und dann spricht es sich herum, dass man sich dort wieder trifft. Es sind immer neue Frauen da. Viele Studentinnen, viele junge Frauen, aber auch viele Arbeiterinnen. Eine bunte Gruppe, die viel unterscheidet, aber eben eines eint: So kann es nicht weitergehen. Es ist an der Zeit sich zu wehren.

Vor einem Jahr hatte man eine Kampagne zur Legalisierung von Abtreibung gerade hinter sich. Sie war gescheitert. Das Repräsentant*innenhaus hatte zugestimmt, der Senat nicht. Mit einem Erfolg hatten unsere Genoss*innen aber auch nicht gerechnet. Das Thema spaltet die argentinische Gesellschaft seit über 30 Jahren und den jungen, mutigen Feministinnen auf der Straße stehen ultra-religiöse Lebensschützer*innen gegenüber, deren Einfluss sich durch die politischen Schichten zieht. Und auf Versprechungen der Politik konnte man sich bei instabilen Regierungsverhältnissen ohnehin nicht verlassen. „El estado opresor es un macho violador!“ (dt: Der unterdrückende Staat ist ein gewalttätiger Macho!) rufen die argentinischen Frauen auf der Straße. Und doch haben sie es geschafft: Vor wenigen Wochen hat eine erneute Vorlage das argentinische Parlament erreicht. Der Präsident Alberto Ángel Fernández und die derzeitige Vizepräsidentin und ehemalige Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner der peronistischen Partei hatten es im Wahlkampf versprochen. Doch was das noch nach der Wahl zählen würde – da waren sich viele der Genossinnen auf der Straße nicht so sicher. Und jetzt: geschafft! Beide Kammern haben zugestimmt und die „marea verde“ zeigte auf der Straße Tränen der Erleichterung. Und auch ich konnte es kaum glauben – ich habe die wahnsinnig kämpferischen Frauen, die ich im letzten Jahr getroffen hatte, geistig direkt vor mir gesehen, wie sie sich in den Armen liegen (was sie wegen Corona zwar wohl eher nicht getan haben – aber sei's drum).

„Ich kann es immer noch gar nicht glauben! Wir sind den ganzen Tag schon auf der Straße!“ schrieb mit Agustina – meine argentinische Kollegin im IUS4 Präsidium an dem Tag. Die lateinamerikanischen Feministinnen sind eine ungezügelte Kraft – ein sich unterstützendes Netzwerk, das unabhängig von Herkunft und Wohlstand funktioniert. Welches Potential sich entfaltet, wenn man auf diese Weise wieder zueinander findet, haben sie auch schon vor diesem Durchbruch gezeigt. Und dennoch hatte mit einem solchen Erfolg wohl niemand gerechnet. Erst wenige Wochen zuvor hatte die Friedrich-Ebert-Stiftung das jährliche „Lateinamerikabriefing“ veranstaltet, in dem Geschlechtergerechtigkeit traditionell eine zentrale Rolle spielt. Auch hier hatten die Referent*innen vor Ort mit den Feministinnen mitgefiebert.

„Das Patriarchat, die Macho-Kultur – gerade in Argentinien – ist selbstverständlich noch nicht überwunden.“

Das Patriarchat, die Macho-Kultur – gerade in Argentinien – ist selbstverständlich noch nicht überwunden, aber mit dem neuen Gesetz werden weniger Frauen sterben. Mehr Frauen werden die Entscheidung über ihr Leben und ihren Körper erlangen und mehr Frauen erhalten eine menschenwürdige medizinische Versorgung.

Und nicht zuletzt zeigt die Legalisierung der Abtreibung in Argentinien: Wenn Frauen gemeinsam auf die Straße gehen und laut sind, übertönen sie sogar den Papst. Als Jorge Mario Bergoglio wurde dieser in Buenos Aires geboren und gerade für ihn müssen die Entwicklungen eine persönliche Niederlage angesichts der Rolle, die die katholische Kirche in der internationalen Lebensschützer*innen-Bewegung spielt, sein. Angesichts der Entwicklungen der vergangenen Jahre kann man nicht anders, als begeistert einen Schritt zurückzutreten und zu fragen: Was können wir Europäer*innen von den argentinischen Genoss*innen lernen? Auch in Deutschland wird an jedem 3. Tag eine Frau getötet. Auch in Deutschland ist Abtreibung nicht voll legalisiert. Die südamerikanische Parteienfamilie ist uns nah und wir sollten uns einiges von ihr abschauen. Wir können von ihnen lernen wieder mehr aufeinander zu achten. Wir können von ihnen lernen, dass es nicht ausreicht für uns selbst zu streiten, sondern dass das große Ganze in den Blick zu nehmen ist. Wir können von ihnen lernen, dass wir dann schlagkräftig gegen patriarchale Strukturen sind, wenn wir anerkennen, dass jede Frau in ebendiesem gefangen ist, und wenn wir in der Lage sind ihre Situation zu erkennen und dagegen zu arbeiten.

Jetzt müssen wir es schaffen dieses Gefühl der Ungerechtigkeit in Agenda setting zu übersetzen. In jedem Fall aber gilt es aufzuschauen zu unseren Schwestern und Vorbildern in Argentinien, sie weiter in ihrem Kampf zu begleiten und von ihnen zu lernen.



Zur Autorin: Mia Thiel (*1994) studiert Rechtswissenschaft in Berlin und ist Vizepräsidentin der International Union of Socialist Youth (IUSY), dem globalen Dachverband der Jusos.



Internationale Klimapolitik

Mein Name ist Fabio Lindhorst, ich bin 17 Jahre alt und bin Schüler an einem Gymnasium. Ich komme aus dem Unterbezirk Heidekreis. Hier darf ich mich als stellvertretender Unterbezirksvorsitzender aktiv in die politischen Prozesse vor Ort einbringen und mitgestalten. Neben meinem Engagement bei den Jusos bin ich auch bei FridaysForFuture aktiv. Daher sind die sozial-ökologische Transformation, Klima- und Umweltpolitik - auch auf internationaler Ebene - Themen, die mich besonders beschäftigen.

Dass sich die Erde erwärmt und dass sich das Klima wandelt, wissen wir nun schon eine ganze Weile. Doch wirklich präsent scheint das Thema erst seit den Protesten von FridaysForFuture zu sein, die im Jahr 2018 auch bei uns in Deutschland begannen. Seitdem das Thema auf die Tagesordnung gekommen ist, hat sich einiges verändert. Am 20. September 2019 kündigte die Bundesregierung das „Klimapaket“ an, ein Maßnahmenbündel zur Erreichung der für 2030 und 2050 gesetzten Ziele zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes, welches durch verschiedene Gesetze am 19. Dezember 2019 beschlossen und umgesetzt wurde. Auch auf europäischer Ebene verändert sich mit dem Ausrufen des Klimanotstandes durch das Europäische Parlament und dem „Green New Deal“ einiges. Dieser wurde am 11. Dezember 2019 vorgeschlagen und soll Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent machen. Doch viele fragen sich zu Recht: warum erst jetzt?

Schon 1992 hat sich die internationale Staatengemeinschaft durch die UN Klimarahmenkonvention (UNFCCC) das Ziel gesetzt, menschengemachte Klimaveränderungen durch die Stabilisierung der Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre, zu verhindern. Durch das Kyoto-Protokoll, welches 1997 beschlossen wurde, entstanden auch erstmals rechtskräftige Rahmenbedingungen zur Reduktion der Treibhausgasemissionen für Industrieländer wie Deutschland. 18 Jahre später wurde dann das Pariser Abkommen verabschiedet und im Jahr 2016 ratifiziert. Es verpflichteten sich alle Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer dazu, einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten und die Erderwärmung auf weit unter zwei Grad Celsius, idealerweise auf 1,5 Grad, zu begrenzen.

Mittlerweile haben sich die Vereinigten Staaten von Amerika aus dem Klimaabkommen zurückgezogen. Sie sind somit das einzige Land weltweit, welches das Abkommen vorher ratifiziert hatte und es anschließend wieder aufkündigte. Äußerungen des designierten Präsidenten Joe Biden lassen die Hoffnung zu, dass die USA nach seiner Amtseinführung wieder Teil des Abkommens werden. Grundsätzlich mangelt es also global definitiv weder an Wissen um die Notwendigkeit von Veränderungen, noch an Initiativen und Abkommen, welche den Weg zur Erreichung dieses nötigen Wandels vorzeichnen. Trotzdem steigt der weltweite Ausstoß von Treibhausgasemissionen mehr oder weniger kontinuierlich an, obwohl das Gegenteil der Fall sein müsste.

Die EU und Deutschland stechen im internationalen Vergleich durchaus positiv hervor. Macht der Anteil der in der EU entstandenen Emissionen im Jahr 1990 noch 19,9 Prozent der global ausgestoßenen Emissionen aus, waren es im Jahr 2015 nur noch ein Anteil von 9,9 Prozent. Auch wenn die Emissionen der EU-28 in diesem Zeitraum um 825 Millionen Tonnen sanken, kann man sich darauf keinesfalls ausruhen. Werden die Zahlen nämlich im Ganzen betrachtet, wird deutlich, dass die EU nicht alleine für ihren gesunkenen Anteil verantwortlich ist. Im gleichen Zeitraum, in dem die EU nämlich ihre Emissionen reduzieren konnte, stiegen sie alleine in China um fast sieben Milliarden Tonnen an. Emissionen werden also nicht weniger, sondern ihr Ausstoß und ihre Herkunft verlagern sich lediglich.

Uns muss bewusst sein, dass die Bekämpfung des Klimawandels nur global erfolgen kann und jedes Land einen fairen Beitrag leisten muss. Es muss das Verursacher*innenprinzip gelten. Das heißt Länder wie China, die USA oder Deutschland müssen einen Beitrag leisten, welcher die von ihnen verursachten Schäden abbildet. Länder, deren Beitrag zum Klimawandel nur gering ist und die ohnehin durch die Zunahme von Wetterextremen und steigendem Meeresspiegel in besonderem Maß betroffen sind, dürfen nicht auch noch bei den Kosten zur Bewältigung der Krise die Leidtragenden sein. In dieser Situation muss die internationale Staatengemeinschaft solidarisch miteinander sein und nicht nur dann, wenn es den eigenen Interessen entspricht. Den Klimawandel aufzuhalten ist eine Menschheitsaufgabe und muss dringend auch von Jeder und Jedem als solche gesehen werden. Denn ist das der Fall, sind die eigenen Interessen die Interessen aller Menschen. Nämlich das Interesse auch in Zukunft auf diesem Planeten gut leben zu können und das nicht nur für diese, sondern auch alle kommenden Generationen.



Für uns als Jusos und auch für unserer Mutterpartei ist klar: es muss viel unternommen werden, um den Klimawandel aufzuhalten. Es darf aber kein Klimaschutz ohne wenn und aber sein. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der wir gemeinsam begegnen müssen und auch hier gilt es, solidarisch zu sein. Richtig ist zum Beispiel, dass wir aus dem Antrieb von Autos durch Verbrennungsmotoren aussteigen müssen. Aber einerseits können wir das nicht bevor keine sinnvollen Alternativen vorhanden sind und andererseits geht es darum, Arbeitsplätze zu sichern. Es ist keinen Angestellten vermittelbar, dass der Beruf, den sie gelernt haben, in dem sie seit Jahrzehnten arbeiten und auf den sie stolz sind, nun nicht mehr gut genug sei. Als Gesellschaft müssen wir weiterhin solidarisch und respektvoll im Umgang sein, aber auch die Politik ist gefragt. Rahmenbedingungen für einen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft müssen geschaffen werden, der Ausbau von erneuerbaren Energieträgern muss so stark wie nie vorangetrieben werden und auch das Streben nach Innovation muss wachsen. Nur ein kleiner Teil der vielen notwendigen Maßnahmen zum Erreichen eines großen Ziels, die nicht nur in Deutschland, sondern auch international wichtig sind.

Klimaschutz macht keinen Halt an den Grenzen zwischen Ländern oder Kontinenten, wir alle sind früher oder später betroffen. Wir in Deutschland und der EU sind in der privilegierten Situation, noch kaum spürbare Veränderungen zu erleben. Menschen in den ärmsten Ländern der Welt spüren diese jedoch bereits jetzt umso massiver.

Um effektiven Klimaschutz betreiben zu können, ohne die Zustimmung für das Vorhaben als solches zu verlieren, müssen alle Menschen an Bord sein. Um das gewährleisten zu können, werden wir um eine Umverteilung nicht herumkommen. Die, die von den Ursachen des Klimawandels profitiert haben - die Unternehmen - müssen etwas abgeben an die, die jetzt an den Folgen und den dadurch notwendigen Veränderungen leiden. Aber auch die Industrienationen, die jahrzehntelang die ärmsten Länder der Welt ausgebeutet haben und dadurch profitierten, müssen diese jetzt unterstützen. Beim Klimaschutz muss Gerechtigkeit im Vordergrund stehen, und dass der Mensch dabei im Mittelpunkt steht, darf keine leere Floskel sein. Wir wissen heute, dass uns die Gesamtheit an notwendigen Maßnahmen vieles abverlangt wird und trotzdem können wir positiv in die Zukunft blicken, weil wir noch die Möglichkeit haben, etwas zu verändern. Wir sollten zuversichtlich sein, dass der Klimawandel die internationale Staatengemeinschaft näher zusammenbringt, denn am Ende zählt nur ihn aufzuhalten und bekanntlich ist man gemeinsam am stärksten.



Foto: Isabelle Lohrengel

ISLAMISMUS

von: Jonas Pagels, stellv. Bezirksvorsitzender

Dieser Tage müssen sich zehn Personen für die islamistischen Terroranschläge in Brüssel des Jahres 2016 vor der belgischen Justiz verantworten. Bis heute sind die Anschläge vom 22. März 2016 in Brüssel fester Bestandteil im kollektiven Gedächtnis der belgischen Gesellschaft, sowie der Bevölkerungen seiner Nachbarstaaten. Auch im Nachbarstaat Frankreich wurden in den Jahren 2015 und 2016 schwere islamistische Terroranschläge verübt. Der Herbst des vergangenen Jahres 2020 war darüber hinaus in Frankreich erneut überschattet von islamistischen Anschlägen gegen Personen aus der französischen Zivilbevölkerung – die Enthauptung des Lehrers Samuel Paty am 16. Oktober, sowie der Anschlag in Nizza vom 29. Oktober, bei dem drei Kirchgänger ermordet wurden.

In Deutschland wurden am 4. Oktober 2020 in Dresden zwei Tourist*innen von einem Islamisten angegriffen, mit der Folge einer verletzten Person sowie einem Todesfall. Die Gefahr, die vom radikalen Islamismus, sowie von jeder weiteren fundamentalistischen Art von Extremismus ausgeht, stellt eine große Gefahr insbesondere für Minderheit, aber im Endeffekt auch für jede Person unserer Zivilgesellschaft dar. Als Reaktion auf die jüngsten Ereignisse in Frankreich forciert die dortige Regierung den Kampf gegen den radikalen Islam spürbar. Im Zuge dieser Maßnahmen, die als „Aktion gegen den Separatismus“ in Frankreich deklariert werden, sollen Einrichtungen gezielt überwacht und geschlossen werden. Diese Maßnahmen finden ihren Ursprung neben der Aktualität auch in einer lange in Frankreich geführten Debatte. Viele Jahre schon wurde dieses Thema von Zivilgesellschaft, Intellektuellen etc. in Frankreich geführt. In Deutschland sowie in anderen Teilen demokratischer Gesellschaften Europas fehlt unserer Einschätzung nach eine aufgeklärte und konzentrierte Debatte über radikale Religionsausrichtungen.

Oft waren die Folge auf fundamentalistische Anschläge in Deutschland rechtsextreme bis hin zu faschistisch-motivierte Reaktionen im öffentlichen Raum. Die politische Linke hat hierzu zu selten und zu schwach Haltung eingenommen und entsprechende (falsche) Reaktionen oftmals den politischen Kräften am rechten Rand überlassen. Wir müssen diese Debatte führen. Hierbei ist ganz wichtig klarzustellen, dass radikale Anschauungen in verschiedenen religiösen Spektren nicht der Grundausrichtung der eigentlichen Religion entsprechen. Es ist also wichtig im Falle des radikalen Islamismus, diesen ganz klar von dem herkömmlichen Glauben abzugrenzen. Es darf also bei der Debatte um die Eindämmung extremistischer Religionen nicht mit rassistischen Überzeugungen argumentiert werden. Das heißt, dass für uns selbstverständlich ist, Religionsfreiheit im höchsten Maße zu achten und uns zu der freien Ausübung dieser zu bekennen. Daher müssen wir auch anerkennen, dass es gerade beim Islam, der seine Herkunft jenseits der europäischen Grenzen hat, keine Forderung sein kann, diesen an europäische Werte anzugleichen – das darf auch für andere Religionen nicht gelten, weil das die freie Ausübung dieser verhindern würde. Die islamistische Gewalt ist real, aber sie hat nicht unweigerlich etwas mit muslimischen Minderheiten in Europa zu tun. Jede undifferenzierte Debatte über dieses Thema kann falsche Vorurteile schüren und auf der Seite der religiösen Vertreterinnen und Vertreter zu einer Abkapselung bis hin zur Radikalisierung führen – wie es bisher schon bei Menschen geschehen ist.

Darüber hinaus ist es eine gängige These der Islamist*innen von einer „Unversöhnung der Kulturen“ zu sprechen, von der wiederum Menschen überzeugt werden können, die aufgrund fehlender Akzeptanz, mangelnder Debattenkultur und stupider Ausgrenzung die Verbindung zur pluralistischen Gesellschaft verlieren. Eine Debatte über dieses Thema nützt der deutschen Zivilbevölkerung und kann auf breiter Ebene die Unterschiede zwischen extremer Ausübung sowie der Grundhaltung einer Religion verdeutlichen – und somit zur Verständigung zwischen und zur Förderung der Diversität in Deutschland beitragen. Eine Ausgrenzung muslimischer Kulturen kann dadurch ebenfalls entgegengewirkt werden.



Eine Radikalisierung in religiösen Spektren kann ebenfalls stärker eingedämmt werden. Extremistische Anschläge wird es auch in der Zukunft weltweit, in Europa sowie in Deutschland geben. Damit die Folgen keine weitere Aufwärtsspirale des Radikalismus wird, braucht es diese Debatte. Wir werden uns dafür einsetzen.

The spider's web: Großbritanniens 2. Empire

Film Rezension – Fynn Hinck,
kooptiertes Mitglied im Bezirksvorstand



Stellt euch vor ihr hättet Geld, sehr viel davon sogar. Ihr möchtet allerdings keine Steuern zahlen? Manche von euch glauben vielleicht, dass dies entweder unmöglich, sehr schwierig oder einfach schlicht nicht legal wäre. Tatsächlich ist das allerdings seit langem die Realität für viele Privatpersonen und Firmen, die ihre Vermögen legal in Steueroasen verstreut auf der Welt und sicher vor Steuern unterbringen können. In der Dokumentation, die ich euch empfehle "The Spider's Web: Britain's Second Empire", wird erklärt wie es dazu kommt, dass Personen und Unternehmen ihr Vermögen auf Steueroasen unterbringen können und wie sie diese hinter obskuren und komplizierten rechtlichen Konstrukten so verschleiern, dass in Wirklichkeit ein Finanzsystem entstanden ist, in dem tatsächlich niemand wirklich weiß wie viel Vermögen auf dieser Welt existiert, wem es gehört und was damit überhaupt passiert.

Es wird außerdem darauf eingegangen, wie dieses System zu großen Teilen historisch aus der kolonialen Geschichte des Vereinigten Königreiches entstanden ist und wie auch noch heute britische Überseegebiete ein elementarer Teil dieses Systems sind.

Die Dokumentation, die allerdings nur in englischer Sprache zu sehen ist, ist meiner Meinung nach gutes Material, um sich ohne trockene Literatur und in relativer kurzer Zeit in einem ansehnlichen Film über ein Thema zu informieren, dessen Relevanz der breiten Gesellschaft oft verschlossen bleibt. Bemerkenswert ist zudem ebenfalls, dass diese Dokumentation komplett durch ihre Macher*innen eigenfinanziert wurde, bei einem Budget von 4000 Pfund.

BuKo Rückblick

von Kirsti Elle, stellv. Bezirksvorsitzende

Lange Zeit war ungewiss wie der Bundeskongress in Potsdam dieses Jahr aussehen würde. Denn natürlich macht die Corona-Pandemie auch nicht vor Juso-Veranstaltungen halt. Also stellte sich unsere kleine nord-niedersächsische Delegation auf ein anstrengendes Wochenende voller Hygiene und Abstandsregeln ein. Doch selbst das wollte uns die Pandemie nicht gewähren. Einen knappen Monat vor dem BuKo stand es fest: Der BuKo würde nicht stattfinden, zumindest nicht in Präsenz. Die zweite Welle der Pandemie ließ das einfach nicht zu. Das Infektionsrisiko sollte gesenkt werden, Kontakte minimiert, Krankenhäuser entlastet. In solch einer Situation war es die einzig richtige Entscheidung unseres Bundesvorstandes, den Bundeskongress nicht stattfinden zu lassen, zumindest nicht in Person. Also hieß es auch für uns: es wird digital. Das warf natürlich einige Fragen auf. Wie soll das Ganze stattfinden? Wie können wir Abstimmen? Können Personenwahlen überhaupt durchgeführt werden? Antworten kamen dann relativ schnell. Der Bundeskongress sollte über Open-Slides stattfinden (da waren wir durch unsere Landeskonferenz ja schon Profis ☺) und die Personenwahlen mussten per Brief stattfinden.

Unsere Delegation bestand dieses Jahr aus Lasse als Delegationsleitung, sowie Bene, Johannes, Hanna, Jonas und Kirsti. Unterstützt wurden wir durch Mattheus und Jan-Felix als Ersatzdelegierte und unserer Geschäftsführerin Katharina. Zwar waren auch einige Anträge von uns im Antragsbuch, jedoch stand schon fest, dass wir aufgrund des Zeitmangels keinen von diesen behandeln würden. Das war jedoch für unsere Delegation kein Grund, sich auf die faule Haut zu legen. Also arbeiteten wir die anderen Anträge durch und schrieben fleißig Änderungsanträge. So brachten wir zum Beispiel Teile unseres Corona-Antrags in dem Antrag von NRW unter. Auch sonst lief unsere Vorbereitung stets fröhlich und auch meist konzentriert ab. Die Vorbereitung für eine digitale Bundeskonferenz ist natürlich ganz anders, als für eine in Person. Statt Anfahrt und Übernachtung zu planen, wurde diesmal die Internetverbindung gecheckt und Open-Slides getestet. Dass das auch für eine Jugendorganisation nicht einfach ist, zeigte sich, als beim Probedurchlauf gerade das Mikro von Julie, die uns zeigen wollte wie es geht, nicht funktioniert hat. Auch das Motto der niedersächsischen Bezirke „unterdurchschnittlich freundlich, überdurchschnittlich gut gekleidet“ würde sich diesmal wohl nicht bewahrheiten. Denn wer nutzt es nicht aus, wenn man den BuKo einmal in Jogginghose verbringen kann?

Am Morgen des BuKo fragte Lasse als seriöse Delegationsleitung erstmal in der WhatsApp Gruppe nach, ob denn auch alle wach seien. Dass das auch anders sein kann, weiß er ja selbst am besten. Deshalb hat er sich wahrscheinlich sogar über die Lars Klingbeil und Claudia Obert Sticker als Antworten gefreut (wer die geschickt hat wird hier nicht verraten!). Als dann feststand, dass tatsächlich die ganze Delegation wach, teilweise fit und einsatzbereit vor ihren Bildschirmen saßen, ging der Bundeskongress auch schon los. Nach einigen technischen Schwierigkeiten zu Beginn kam es dann schnell zu dem Moment, der für die meisten wahrscheinlich der Höhepunkt des BuKos war: Kevins Abschlussrede. Drei Jahre lang war er unser Bundesvorsitzender und hat die Jusos zu dem gemacht, was sie heute sind. Und jetzt sollte das alles ein Ende haben. Abschied nehmen und das ausgerechnet beim Digitalen BuKo. Dass diese Rede gut und vielleicht auch emotional wird, das haben viele erwartet. Aber dass sie so gut und so emotional werden würde, hätte niemand gedacht. Starke Worte und Tränen zum Abschied. Danke für alles Kevin!



Auch Lasse und Kirsti hielten dieses Jahr auf dem BuKo eine Rede. Lasse redete über die Zukunft der Mobilität und sprach sich dabei ganz deutlich für einen beitragsfinanzierten und fahrscheinlosen, gut ausgebauten ÖPNV aus. Kirsti sprach über die Situation Auszubildender während der Pandemie und wies auf die Relevanz von Ausbildungsberufen hin. Auch die SPD-Parteivorsitzenden Norbert-Walter Borjans und Saskia Esken, sowie der Kanzlerkandidat Olaf Scholz sprachen auf dem Bundeskongress. Jessica Rosenthal bewarb sich mit einer starken Rede als neue Bundesvorsitzende. Wie schon erwähnt, musste die Wahl jedoch per Brief stattfinden. Am 8. Januar stand es dann fest: Jessica wurde mit 77,82% zu unserer neuen Bundesvorsitzenden gewählt! Herzlichen Glückwunsch! Zusätzlich dazu wurde Ferike Thom zur neuen stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Abschließend lässt sich sagen: dieser BuKo war anders. Und er war bestimmt nicht so, wie wir uns ihn vor einem Jahr vorgestellt hatten. Doch eins haben wir gemerkt: es geht auch anders. Ein BuKo kann auch digital ablaufen. Man kann auch online politische Debatten führen. Und wir können auch Quatsch in der Delegation machen, ohne dass wir beieinander sitzen.

INFOS VOM BEVO

Bisherige Podcast-Folgen:

Folge 1: Uwe Santjer, warum machst du eigentlich Politik?

Folge 2: Montagsmahnwachen damals, Coronademos heute? mit Johannes

Folge 3: Petra Tiemann, was macht eigentlich eine Landtagsabgeordnete?

Folge 4: Länderreport Kolumbien mit Frederik Burdorf und Kristin Lindemann

Folge 5: Jessica Rosenthal, wie gestalten wir die Zukunft nach der Pandemie?

Folge 6: Die Zukunft der Außenpolitik ist feministisch - Mit Mia Thiel

Bisherige Erklärvideos:

Abrufbar unter: <https://www.jusosnn.de/erklaervideos/>

No. 1: #flattenthecurve

No. 2: Wie schreibe ich einen Antrag?

No. 3: Wie schreibe ich eine Pressemitteilung?

No. 4: Gliederungen der Jusos Nord-Niedersachsen

No. 5: Antifa?

No. 6: Wahlen in den USA (als IGTV)

No. 7: Vereinte Nationen? (als IGTV)

Nächste Termine

11.02.2021 - Online Seminar: Einführung in die sozialökologische Transformation

An dieser Stelle möchten wir Laura dafür danken, dass sie vor uns so lange und so gut für das Verbandsmagazin gesorgt hat.

THANKYOU

IMPRESSUM

Redaktion

Belana Schwarz
Lasse Rebbin

Lektor*innen

Jan-Felix Hölling
Belana Schwarz

Umsetzung Design

Fynn Hinck

Verfasser*innen

Larissa Freudenberger (Gast)
Kristin Lindemann (Gast)
Mia Thiel (Gast)
Fabio Lindhorst (Gast)
Lasse Rebbin
Fynn Hinck
Jonas Pagels
Kirsti Elle

Jungsozialist*in

Jahrgang 4 - 2021
Ausgabe Januar 2021

Herausgeber*innen

Jusos in der SPD
Bezirk Nord-Niedersachsen
Archivstraße 1
21682 Stade

Hinweise:

Die Texte und Fotos wurden mit viel Liebe und Arbeit geschrieben und gemacht. Bitte veröffentlicht davon nichts ungefragt anderswo im Internet.

Kritik, Anregungen und Themenwünsche gerne an: [jusosnn\(at\)gmail.com](mailto:jusosnn(at)gmail.com), unsere fb- oder Instagram-Seite!

Alle verwendeten Bilder, so nicht anders gekennzeichnet stammen von den Autor*innen selbst oder sind gemeinfrei und zur Verwendung freigegeben.



@jususnn



/jususnn



info@jususnn.de



NoNie FM - Der Klönschnackpodcast



jususnn.de